Gemeinsam stark

Einige notwendige Klarstellungen zur Schulstruktur und zur Rolle der GEW

Die Replik von Roland Kasprzak in der letzten Ausgabe der hlz verdreht mehrfach in grober Weise meine Worte in meinem Artikel, abgedruckt hlz 9-10/19 und arbeitet mit Unterstellungen, an denen sich der Autor dann abarbeitet. Geschickt? Vielleicht. Redlich? Wohl kaum.

Die Vorwürfe sind zahlreich und könnten im gewerkschaftlichen Rahmen kaum schwerwiegender sein: "Infame" und "sachfremde" Argumentation, "Verletzung der Satzungsrechte eines Teils der Mitgliedschaft", "falsches Gewerkschaftsverständnis" und nicht zuletzt "Verrat am Prinzip der Einheitsgewerkschaft", der "in der GEW keinen Platz haben darf".

Holla! Geht es vielleicht auch eine Nummer kleiner? Die Schärfe der Vorwürfe lässt sich bei genauem Lesen weder aus meinem Redebeitrag vom letzten Gewerkschaftstag (hlz 7-8/2019) noch aus meinem Artikel (hlz s.o.) ableiten. Ich plädiere dafür, den Schaum vom Mund abzuwischen und nicht weiter zu polemisieren. Letztlich geht es um (durchaus gravierende) unterschiedliche Sichtweisen auf (bildungs- und gesellschafts-) politische Fragen, die in der GEW diskutiert und letztlich mit Mehrheit entschieden werden.

die aber alle ihren Platz in der Einheitsgewerkschaft haben.

Doch im Einzelnen:

• Roland Kasprzak unterstellt, ich plädierte dafür, die Interessen einer Gruppe der Mitglieder (nämlich der Gymnasialkolleg_innen) nicht mehr durch die GEW zu vertreten. Eine reine Behauptung! Hingegen schreibe ich an mehreren Stellen, dass ich es selbstredend als Aufgabe der GEW sehe, hartnäckig für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Mitglieder zu streiten – selbstverständlich auch der an den Gymnasien.

Fakt ist, dass Kasprzak als einer der Unterzeichner des An-



Einer der wohl bedeutendsten Siege der Gewerkschaften war der Generalstreik 1920 gegen den Kapp-Putsch. Ein politischer Sieg, weil sich die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen neben dem Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auch immer für den politisch-gesellschaftlichen Fortschritt und insbesondere für die Abwehr gegen rechts eingesetzt hatten. Übrigens ein politischer Streik, außerhalb der Friedenspflicht!

trags zu den Gymnasien eine Niederlage auf dem Gewerkschaftstag einstecken musste. Aber warum ist denn der Antrag gescheitert? Ohne die Gründe jedes und jeder einzelnen Delegierten genau zu kennen, meine ich doch sagen zu können, dass der Antrag nicht deshalb durchgefallen ist, weil es in ihm um das Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Gymnasien ging, sondern in erster Linie wegen der Begründung. die ein großer Teil der Anwesenden im Spannungsverhältnis zu den bildungspolitischen Forderungen der GEW sah. Unsere drei Vorsitzenden haben nach dem Gewerkschaftstag unterstrichen, dass das Anliegen des Antrags jedoch berechtigt ist und dass seine Ablehnung daran nichts ändert.

● Ich habe mich tatsächlich dagegen ausgesprochen, das berechtigte Anliegen der Antragsteller in Form einer eigenen Kampagne anzugehen. Es wäre m.E. ein Fehler, die Situation an den Gymnasien losgelöst von der allgemeinen bildungspolitischen Situation in Hamburg zu betrachten.

Erstens ist der überwiegende Teil der Belastungsfaktoren für die Lehrkräfte (vor allem alles, was mit den Fragen rund um die Arbeitszeitverordnung, die zu großen Lerngruppen und die materielle Unterversorgung zu tun hat) weitgehend unabhängig von der Schulform. Hier überwiegen m.E. ganz klar die gemeinsamen Interessen aller Lehrkräfte, die auch gemeinsam von der GEW vertreten werden.

Zweitens ist es ungeachtet dessen dennoch richtig, dass es schulformspezifische Probleme gibt. Roland fragt rhetorisch: "Unterscheidet sich denn die soziale Lage eines A13-Kollegen an der Stadtteilschule von der einer Kollegin am Gymnasium?" Nun, die soziale Lage sicher nicht. Aber abgesehen davon, dass es an Grund- und Stadt-

teilschulen noch immer sehr viele Kolleg_innen ohne A13/E13 gibt, existieren an Stadtteilschulen z.T. andere Belastungen (nicht zu lesen als höhere) als an Gymnasien: Inklusion ohne behördliches Konzept, Beschulung Geflüchteter, ein im Durchschnitt anderes Klientel, unterschiedliche gesellschaftliche Reputation etc.

Dennoch wäre eine Kampagne, die sich nur auf die Arbeitsbedingungen an einer Schulform bezieht, m.E. eine Schwerpunktsetzung, falsche weil drittens erhebliche Anteile der Probleme oder Missstände an den Stadtteilschulen nach meiner Überzeugung ihre Ursache letztlich in der Schulstruktur haben. Die schwierige Lage der Stadtteilschulen auf der einen Seite schlägt sich auf der anderen Seite auch an den Gymnasien nieder in Form der Schwierigkeiten, die auch im Gy-Antrag benannt wurden. In der Begründung des Antrags wurde jedoch suggeriert, die Probleme der Kolleg innen an den Gymnasien könnten u.a. durch "vollständigeres Abschulen" nach Klasse 6 gelöst werden. Also weniger Heterogenität der Lerngruppen an den Gymnasien durch konsequentere Selektion. Diese Position ist doppelt problematisch: Zum einen ist es eben eine beschlossene bildungspolitische Forderung der GEW Hamburg, die "Abschulung" abzuschaffen, zum anderen würde die Umsetzung einer solchen Maßnahme die Arbeit der Kolleg innen an den Stadtteilschulen weiter erschweren. Sie ist deshalb auch nicht geeignet, die Reihen der Mitglieder der GEW Hamburg zu schließen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir den Problemen an beiden Schulformen – Gymnasien und Stadtteilschulen – ursächlich nur beikommen können, wenn wir auch beide Schulformen in Frage stellen. Die Schulleiter_innen der Stadtteilschulen haben 2016

bekanntlich genau dies getan. Sie diagnostizierten, dass das Zwei-Säulen-Modell vor dem Scheitern stehe und schrieben weiter: "Wir (...) sind überzeugt, dass die Herausforderungen in unserer Stadt, eine moderne, vielfältige Gesellschaft zu leben, die sozial, demokratisch, gerecht und chancenreich ist, mit der einen Schule für alle Schülerinnen und Schüler bewältigt werden kann."

Kasprzak betont. "Kerngeschäft der Gewerkschaften" sei die Interessenvertretung ihrer Mitglieder und behauptet, die bildungspolitischen dass ..Diskussionen in der GEW" dieses Kerngeschäft immer wieder "aus dem Blick" geraten ließen. Zugleich wird mir unterstellt, ich würde ein politisches Ziel ("Eine Schule für Alle") über den Kerngedanken der Gewerkschaften stellen. Tatsächlich habe ich am Beispiel der Schulstruktur versucht zu verdeutlichen, dass ich zwischen dem Ziel der Interessenvertretung der Gewerkschaftsmitglieder und der Verfolgung von (bildungs-)politischen Zielen keinerlei Widerspruch sehe, sondern dass im Gegenteil die Vertretung von gemeinsam erarbeiteten politischen Zielen unbedingt zur Interessenvertretung dazu gehört. In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung um politische Ziele auch historisch immer ein integraler Bestandteil der gewerkschaftlichen Aktivitäten gewesen. Die Gesetze zur Verankerung des 8-Stunden-Tages oder zur Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung zum Beispiel hatten unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterklasse und wären nicht denkbar gewesen ohne einen (jahrzehntelangen) auch politischen Kampf der Gewerkschaften. Es ist auch heute für die Interessenvertretung der Gewerkschaftsmitglieder zwingend notwendig, über ökonomische Forderungen im engeren Sinne, über spezifische Anliegen z.B. der Beschäftigten eines Betriebs oder einer Branche hinaus zu gehen und verallgemeinerte politische (und letztlich gesellschaftliche) Forderungen zu erheben.

• Es kommt immer wieder vor. dass die Interessen der einzelnen Mitglieder in bestimmten Punkten nicht deckungsgleich zu sein scheinen oder es real nicht sind. Beispielsweise könnte es einem Betriebsrat eines bestimmten Betriebes vielleicht lohnend erscheinen, dem Einsatz von Leiharbeiter innen zuzustimmen. Die Frage kann sich aber für die Gewerkschaftsmitglieder eines anderen Betriebes, einer anderen Branche oder über die Grenzen der Einzelgewerkschaften hinaus ganz anders darstellen, weil die Ausnutzung der Leiharbeit die Gewerkschaften insgesamt schwächt. Es ist demokratische Aufgabe der Gewerkschaften zu versuchen, aus den sich zum Teil widersprechenden Einzelinteressen gemeinsame übergeordnete Ziele für alle Lohnabhängigen zu formulieren. Verbände, die einen solchen Anspruch nicht haben.

sondern nur Partikularinteressen vertreten, können m.E. tatsächlich nicht als Gewerkschaften, sondern müssen als Standesorganisationen bezeichnet werden.

Aber allen denjenigen, "die den Fokus auch auf die Arbeitsbedingungen an den Gymnasien richten wollen", ständische Interessen bescheinigen zu wollen, wäre absurd. Das habe ich weder explizit noch implizit in meinem Artikel gemeint oder getan.

• Zuletzt zum Vorwurf des Gewerkschaftsver-..falschen ständnisses" und dem "Verrat an der Einheitsgewerkschaft". Ja, ich denke, dass es auch Aufgabe der Gewerkschaften sein muss. ..gesellschaftliche Gegenmacht" aufzubauen. Ich bin mir aber bewusst, dass diese Haltung eine unter vielen innerhalb der Gewerkschaften ist und bin weit davon entfernt zu meinen dass diese Position Konsens in der Gewerkschaft wäre oder sein muss. Für ein solches Gewerkschaftsverständnis ich jedoch innerhalb der Gewerkschaft und würde dies auch dann tun, wenn ich damit in klarer Minderheit sein sollte. Mein Platz bliebe dennoch immer in der Gewerkschaft, weil ich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus hinter dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft stehe. Diese ist nicht nur eine Konsequenz aus der fatalen und mörderischen Niederlage der Arbeiterbewegung im Faschismus, sondern auch wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Arbeiterbewegung in diesem Land in der Vergangenheit zentrale soziale und demokratische Erfolge erreichen und verteidigen konnte. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass die Einheitsgewerkschaft die Gesamtinteressen der Lohnabhängigen vertritt und durch gemeinsamen Kampf die vorhandenen unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Strömungen in der Praxis vereint.

Von den Vorwürfen Kasprzaks bleibt am Ende nicht viel. So können wir uns in Zukunft wieder auf inhaltliche Diskussionen der strittigen Fragen konzentrieren.

HEIKO HUMBURG (STS Horn)

DER SCHNELLE ÜBERBLICK

Wer hätte das (nicht) gedacht? - Die Pisa-Studie 2018

Hauptfach Lesen

Der Schwerpunkt der aktuellen Pisa-Studie lag auf dem Leseverständnis. Die deutschen Schüler_innen liegen im Schnitt mit 498 Pisa-Punkten leicht über dem OECD-Durchschnitt im Mittelfeld auf dem dritten von sechs Kompetenzniveaus. Ähnliche Mittelwerte erreichen Belgien und Frankreich.

Leistungsunterschiede

Die Unterschiede zwischen starken und schwachen Schüler_innen sind überdurchschnittlich groß und zunehmend. Die Gruppe der starken Leser_innen ist gegenüber 2009 gewachsen auf 11 Prozent (OECD-Durchschnitt 9 Prozent). Auf knapp 21 Prozent ist aber auch die Gruppe der Schüler_innen gewachsen, die kaum lesen können.

Soziale Unterschiede

Die Leistungsunterschiede zwischen Schüler_innen aus gut situierten und aus sozial benachteiligten Elternhäusern sind gegenüber 2009 ebenfalls weiter gewachsen. Das privilegierteste Viertel der Schüler_innen liegt mehr als ein Kompetenzniveau über den am stärksten benachteiligten Schüler innen.

hlz /TAZ